

Umgestaltungen wieder rückgängig. Die rechten sozialdemokratischen Führer, die sich an die Spitze der antidemokratischen Westberliner Verwaltung gesetzt hatten und in Westberlin die Politik der Imperialisten durchführten, sind wesentlich dafür verantwortlich, daß Westberlin zu einer „Frontstadt“ gegen Frieden und Demokratie in Deutschland und in der ganzen Welt wurde.

Im November 1948 entstand als Antwort auf die Spaltung Berlins der demokratische Magistrat von Groß-Berlin, der rechtmäßige Vertreter der Interessen aller demokratischen Berliner Bürger. Ihm bekundete die Bevölkerung des demokratischen Sektors in Versammlungen, durch Resolutionen und in einer der größten Massenkundgebungen, die Berlin bis dahin erlebt hatte, ihr Vertrauen.

Erfüllt von hoher nationaler Verantwortung, stellte sich die SED an die Spitze des Kampfes für die Rettung der nationalen Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Gegen die reaktionäre Politik der Spaltung Deutschlands und der Restauration des Imperialismus in den Westzonen und in Westberlin unterbreitete sie im Herbst 1946 die für die deutschen Patrioten aller vier Besatzungszonen annehmbaren „Grundrechte des deutschen Volkes“, die Prinzipien der Verfassung eines einigen, demokratischen Deutschlands. Der II. Parteitag der SED im September 1947 bekräftigte das Streben der SED nach der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern der demokratischen Parteien, nach dem Abschluß eines Friedensvertrages und der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität des deutschen Volkes. Er erhob die Forderung nach einem Volksentscheid über die Gestaltung Deutschlands zu einem demokratischen Einheitsstaat. Den imperialistischen **Plan der Spaltung und Versklavung Deutschlands, den Marshall-Plan**, beantwortete der II. Parteitag mit dem deutschen Plan des demokratischen Neuaufbaus. Unter der Losung: Mehr produzieren, gerecht verteilen, besser leben! rief der Parteitag die Arbeiterklasse und die Werktätigen Ostdeutschlands zum Kampf für die Überwindung der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der unzureichenden Versorgung und für die Verbesserung der Lebenslage auf. Auf diese Weise mußte bewiesen werden, daß die Entmachtung des Imperialismus und Militarismus die Voraussetzung für den friedlichen Aufstieg und die Souveränität des Volkes ist. Der Parteitag stellte die Aufgabe, die SED zu einer Partei neuen Typus zu entwickeln. Angesichts der reaktionären Entwicklung in den Westzonen und der drohenden Gefahr der Zerreißung Deutschlands erwuchs den Werktätigen in der sowjetischen Besatzungszone die Pflicht, ihre Errungenschaften zu sichern und zu festigen.